

Mehrheit für Diakonie-Kita ist nicht zu erwarten

Bedarfsplan | Ausschuss stimmte dem Zahlenwerk für Kindereinrichtungen mehrheitlich zu

Von Waltraud Nagel

Hildburghausen – Die Chancen des Diakoniewerks Sonneberg/Eisfeld/Hildburghausen, im nächsten Jahr noch eine Kindereinrichtung in der Kreisstadt als Träger betreiben zu können, scheinen gering. Mehrheitlich sprachen sich nach den Mitgliedern des Kultur- und Sozialausschusses kürzlich auch die des Haupt- und Finanzausschusses für den vorliegenden Entwurf des Kita-Bedarfsplans 2010/2011 aus. Und darin ist der integrative Diakonie-Kindergarten „Farbkleckse“ nur noch bis zum 31. Dezember dieses Jahres enthalten. Dann läuft der Mietvertrag im städtischen Gebäude im Oberen Kleinodsfeld aus. Die derzeit 32 Plätze werden den „Werraspatzen“, einer Einrichtung der Stadt im gleichen Gebäude, zugeschlagen, die dann eine Kapazität von 172 Kindern hat.

492 Kita-Plätze in der Stadt

Insgesamt wäre damit für das neue Kindergartenjahr eine Gesamtkapazität von 492 Plätzen in der Stadt Hildburghausen vorhanden. Damit könne der Bedarf gedeckt werden, so Bürgermeister Steffen Harzer. Lediglich für drei Kinder unter zwei Jahren ist derzeit kein

Platz vorhanden. Doch auch dieses Problem könne sich im Laufe des Jahres noch lösen. „Für eine zusätzliche Tagesstätte mit 54 Plätzen, wie sie Diakonie und Fachkrankenhaus planen, besteht somit keinerlei Bedarf“, bekräftigte Harzer noch einmal, was er schon im Kultur- und Sozialausschuss darlegte. „Ließen wir diese Einrichtung zu, müssten wir in absehbarer Zeit mit viel Geld sanierte andere Einrichtungen wegen Kindermangels schließen. Birkenfeld wäre dann wahrscheinlich die erste.“

CDU-Stadträtin Brigitte Wütscher unterstützte diesen Standpunkt. „Wir sind uns in der Fraktion einig, dass die fünf Kindertagesstätten in Hildburghausen ausreichen. Unsere Frage ist nur, welche Kindereinrichtung ist personell und räumlich in der Lage, die behinderten Kinder aus dem jetzigen Diakonie-Kindergarten aufzunehmen und zu betreuen?“

Die Kinder könnten in der Kita „Werraspatzen“, also im gleichen Haus wie bisher, aufgenommen werden, wenn die Eltern das wünschten, so Harzer. Die Stadt werde die nötigen personellen Bedingungen schaffen. Sie sei auch bereit, Mitarbeiterinnen des Diakonie-Kindergartens „Farbkleckse“ einzustellen. Stadträtin Wütscher zeigte sich zu Frieden. Das

entspreche auch dem, was die Eltern der Kinder wünschten.

Frank-Michael Czapla und Sabine Laube von den Freien Wählern wollten indes die Diakonie als Kita-Träger nicht ohne weiteres aufgeben für die Stadt. „Die Diakonie hat unstrittig gute Arbeit geleistet. Warum sollten wir ihr dazu nicht weiter eine Chance geben? Welchen Vorteil hat die Stadt davon?“, fragte Czapla.

Zwei Betreiber unwirtschaftlich

Czapla möchte die konkreten Mehrkosten wissen, die auf die Stadt durch die erhöhte Kita-Platz-Zahl bei den „Werraspatzen“ zukommen. Und er wolle auch ein Konzept sehen, wie bei den „Werraspatzen“ die Qualität der Betreuung behinderter Kinder gesichert werde, wie er gegenüber *Freies Wort* betonte.

Bürgermeister Harzer verwies im Haupt- und Finanzausschuss auf frühere Beschlüsse. Schon 2008 habe der Stadtrat einstimmig beschlossen, die Kindereinrichtung „Werraspatzen“ als integrative Einrichtung der Stadt zu betreiben und die Kinder der „Farbkleckse“ im gleichen Haus mit zu übernehmen. Die bereits ausgesprochene Kündigung der von der Diakonie genutzten Räume sei be-

kanntlich gerichtlich gekippt worden. Doch nun laufe der Vertrag fristgemäß aus und die Stadt wolle ihren Beschluss umsetzen. „Farbkleckse“ und „Werraspatzen“ seien in einem Haus, nutzten einen Zugang, einen Flur und den selben Spielplatz. Zwei Betreiber seien da einfach unwirtschaftlich.

Sabine Laube regte an, der Diakonie doch einfach das Geld zu geben, das die Stadt zum Betreiben der Einrichtung brauchen würde. So einfach sei das nicht, erklärte Harzer. „Wir müssen die Kosten übernehmen, die die Diakonie hat, und die liegen höher als bei anderen freien Trägern.“ Andernfalls könne die Diakonie das Geld einklagen. Ausführlich sei dazu schon im Sozialausschuss informiert worden.

Linke-Fraktionschef Mathias Günther verwies darauf, dass der geringe Anteil nicht behinderter Kinder in der Diakonie-Einrichtung dem Anspruch der Integration behinderter Kinder nach dem neuen Kita-Gesetz nicht mehr gerecht werde. Außerdem sei es befremdlich, dass die Diakonie schon wieder einen Anwalt eingeschaltet und Widerspruch gegen den Bedarfsplan eingelegt habe, obwohl der noch gar nicht beschlossen sei. Hier sei das Vertrauensverhältnis nachhaltig gestört.